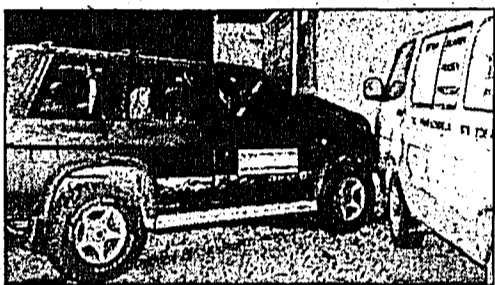


## POLIZEIMELDUNGEN

## Mit parkierten Fahrzeugen kollidiert

**SCHELLENBERG** – Am Freitagabend kurz vor Mitternacht fuhr ein Autolenker auf der St. Georgstrasse in Schellenberg mit überhöhter Geschwindigkeit in nördliche Richtung. Auf Höhe der Abzweigung «Im Winkel» verlor der Lenker die Herrschaft über sein Fahrzeug und kam über den rechten Fahrbahnrand hinaus. Es gelang ihm jedoch das Auto wieder auf die Fahrbahn zurückzulenken. Aufgrund der überhöhten Geschwindigkeit prallte er dann jedoch gegen zwei am linken Strassenrand abgestellte Fahrzeuge. An allen drei Fahrzeugen entstand Sachschaden. Personen wurden keine verletzt. Weil beim Lenker Verdacht auf Angetrunktheit bestand wurde die Blutprobe angeordnet.

## Frontal in Hauswand



**MAUREN** – Am frühen Samstagmorgen verlor in Mauren auf der «Rietstrasse» auf Höhe des Vogelparadieses ein Automobilist aus noch ungeklärten Gründen die Herrschaft über sein Fahrzeug, kam rechts von der Fahrbahn ab und kollidierte mit einem Randleitpfosten. Anschliessend rammte er einen Strassenkandelaber und riss diesen aus der Verankerung. Der Personenwagen überquerte draufhin die Rietstrasse und fuhr in eine Hauswand, wobei er noch einen dort parkierten Kleinbus beschädigte. Der Lenker wurde unbestimmten Grades verletzt und musste mit dem Rettungsdienst des LRK ins Landeskrankenhaus Feldkirch überführt werden. Am Personenwagen entstand Total Schaden.

## Geschwindigkeitskontrollen

**VADUZ** – Über das Wochenende wurden im ganzen Land wieder Verkehrskontrollen ohne Anhaltung durchgeführt.

Am Freitagnachmittag, wurde in Vaduz an der Fürst-Franz-Josef-Strasse in Fahrtrichtung Schaan, gemessen. Die Messstelle passierten 182 Fahrzeuge. 11.5% hielten sich nicht an die zugelassene Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h. Die höchst gemessene Geschwindigkeit betrug 72 km/h.

Am Samstagmorgen, wurde an der Gemeindestrasse «Gapetsch» in Schaan, eine Geschwindigkeitsvergleichsmessung nach dem Einbau der Schwellen in Fahrtrichtung Bendorf durchgeführt. Die Messstelle passierten während dieser Zeit 211 Fahrzeuge. Lediglich 2 Fahrzeuglenker hielten sich nicht an die zugelassene Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h. Die Schwellen scheinen sich zu bewähren.

Am Samstagnachmittag, wurde an der Nebenstrasse «Bühl» in Gamprin, eine weitere Geschwindigkeitskontrolle in Fahrtrichtung Bendorf durchgeführt. Die Messstelle passierten während dieser Zeit 204 Fahrzeuge. 18% oder 37 Fahrzeuge hielten sich nicht an die zugelassene Geschwindigkeit von 50 km/h. Die höchst gemessene Geschwindigkeit betrug 79 km/h und das in unmittelbarer Nähe eines Fussgängerstreifens.

Am Sonntagvormittag schliesslich wurde an der Landstrasse in Triesen eine Geschwindigkeitskontrolle in Fahrtrichtung Vaduz durchgeführt. Die Messstelle passierten während dieser Zeit 487 Fahrzeuge. 29 Fahrzeuglenker oder 6% hielten sich nicht an die zugelassene Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h. Die höchst gemessene Geschwindigkeit betrug 69 km/h. (lpl)

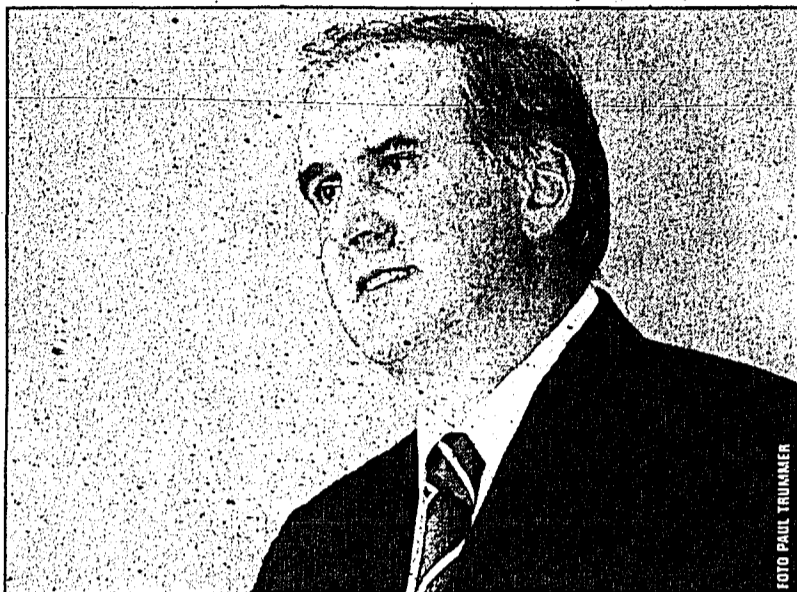
## Im Interesse Liechtensteins

Regierungschef Otmar Hasler nimmt Stellung zum Thema EWR

**VADUZ** – «Die Forderung der vorbehaltlosen Anerkennung der Souveränität stellt den EWR nicht in Frage», stellt Regierungschef Otmar Hasler klar. Und: «Wenn nicht einmal wir die Forderung nach vollumfänglicher Anerkennung unserer Souveränität erheben, wer soll diesen Staat noch ernst nehmen?», fragt der Regierungschef bezugnehmend auf das Verhalten der Opposition und ihrem Sprachorgan «Vaterland». Nachstehend dazu ein Beitrag des Regierungschefs.

Die Erweiterungsverhandlungen zum Europäischen Wirtschaftsraum konnten zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Liechtenstein konnte die Personenverkehrsregelung rechtlich verfestigen und absichern. Zugleich hat sich Liechtenstein zur Solidarität innerhalb des erweiterten EWR bekannt und bereit erklärt, die Beitragszahlungen um das Fünffache zu erhöhen. Die Regierung begrüsst die Osterweiterung des EWR ausdrücklich.

Die liechtensteinische Regierung hat in den Verhandlungsgesprächen mit den Vertretern Tschechiens und der Slowakei, die bislang leider zu keiner Einigung geführt haben, als Voraussetzung für die Unterzeichnung des ERW-Erweiterungsvertrages die vorbehaltlose Anerkennung der Souveränität Liechtensteins verlangt – eine Forderung, die bei Eingehen eines solchen Vertragswerkes als selbstverständlich empfunden wird. Einer entsprechenden liechtensteinischen Erklärung haben denn auch alle Vertragsparteien, ausgenommen die Tschechei und die Slowakei, nicht widersprochen und damit diese anerkannt.



Hat kein Verständnis für den unnötigen Druck, der innenpolitisch auf die Regierung aufgebaut wird: Regierungschef Otmar Hasler.

Da die Tschechei und die Slowakei mit ihren Gegenerklärungen die vollumfängliche Souveränität Liechtensteins nicht anerkannt haben, hat die Regierung entschieden, das Erweiterungsabkommen vorläufig nicht zu unterzeichnen und nach einer Lösung zu suchen. Die beiden EFTA-Partner Norwegen und Island haben Verständnis für die Position Liechtensteins gezeigt und die Unterzeichnung des Vertrages ebenfalls nicht vorgenommen.

## Weiterbestehen des EWR im Interesse Liechtensteins

Das Interesse Liechtensteins am Weiterbestehen des EWR ist unbestritten, die Integration im Europäischen Wirtschaftsraum ist über den rein wirtschaftlichen Aspekt hinaus bedeutend. Deshalb ist es für die Regierung auch selbstverständlich, dass die Verhandlungsgespräche mit Hochdruck fortgesetzt werden, um zu einer Lösung zu kommen. Dies auch hinsichtlich der Gemeinsam-

keit der EFTA-Partner, denn auch Norwegen und Island sind an einer umgehenden Lösung interessiert. Dass in einer solchen Situation Druck auf allen Verhandlungspartnern ist, braucht nicht betont zu werden. Ich bedanke mich ausdrücklich für das Verständnis und die Unterstützung der beiden EFTA-Partner. Die liechtensteinische Regierung ist sich ihrer Verantwortung auch diesen gegenüber bewusst.

## Aufbau des innenpolitischen Drucks

Es ist für mich unverständlich, wie unnötig der Druck innenpolitisch auf die Regierung aufgebaut wird und wie wenig die Minimalforderung nach vollumfänglicher Anerkennung der Souveränität unterstützt wird. Diese vollumfängliche Anerkennung ist gerade für die Zukunft des Staates wichtig. Es muss verhindert werden, dass in Zukunft eine Politik der zeitweiligen Nicht-Anerkennung betrieben

wird. Das würde sich für Liechtenstein äusserst negativ auswirken. In einer Zeit, in der die Verhandlungen der Regierung intensiv laufen, rufe ich auf, dem Aussenminister den Rücken zu stärken, damit er die Möglichkeit hat, eine für Liechtenstein gute Lösung zu erreichen.

Die Anerkennung der Souveränität ist mehr als nur ein Schlagwort. Sie geht an die Substanz des Staates und sein Selbstverständnis. Wenn wir nicht einmal diese Forderung erheben, wer soll diesen Staat noch ernst nehmen? Auf verschiedenen Ebenen erhält Liechtenstein im Ausland denn auch Unterstützung. Die Vermittlungsgespräche zeigen auf, dass das Anliegen unseres Landes ernst genommen wird.

Die Frage der Anerkennung durch die Tschechoslowakei und deren Nachfolgestaaten Tschechien und Slowakei ist eine seit langem offene Frage. Dabei klammert die Regierung die Frage der Vermögensschädigung ausdrücklich aus, diese gehört nicht in den EWR-Kontext. Das sind zwei verschiedene Problemkreise.

## Umsichtiges Vorgehen

Die Regierung strebt normale Beziehungen zur Tschechei und zur Slowakei an. Sie hat Interesse, dass zwischen allen Staaten im Europäischen Wirtschaftsraum freundschaftliche Beziehungen bestehen. Voraussetzung ist jedoch, dass sich diese Staaten vorbehaltlos anerkennen. Nur dies will die liechtensteinische Regierung erreichen. Deshalb werden entsprechende Lösungsvorschläge gemacht und auf verschiedenen Ebenen besprochen. Ich erhoffe mir auch in Liechtenstein die notwendige Unterstützung für die Frage der Anerkennung unserer eigenen Souveränität.

## Politik der geraden Linien

Souveränität und Demokratie Liechtensteins hält dem Kreuzfeuer stand

**TRIESEN** – Liechtenstein ist ausserpolitisch von vielen Seiten unter Druck. Wie gelassen darf das Land ein Monitoring des Europarats sehen? Warum ist es so wichtig, dass alle Länder des EWR die Souveränität Liechtensteins anerkennen? Europarat und EWR standen am Sonntag im Brennpunkt beim Rampenlicht von Radio L.

• Kornelia Pfeiffer

Die Regierung Hasler habe 2003 im Zuge der EWR-Erweiterungsverhandlungen eine neue Strategie in Kraft gesetzt, erklärte Aussenminister Ernst Walch auf die Fragen Günther Meiers, der das Radio-L-Rampenlicht moderierte. Die Regierung trenne die Anerkennung Liechtensteins als souveränen Staat von vermögensrechtlichen Aspekten. Bilaterale Themen sollten aus den EWR-Verhandlungen ausgeklammert bleiben, wie Rückforderungen an Tschechien und die Slowakei von im Zweiten Weltkrieg enteignetem Vermögen des Fürstenhauses und anderer Bürger Liechtensteins.

## Keine Überraschung für EWR-Länder

Die Anerkennung der Souveränität sei eben kein bilaterales Thema, betonte Walch. Im EWR seien die Länder wirtschaftliche Partner auf vielen Ebenen, dabei könne es



«Es entbehre einer gewissen Logik, dass die VU-Fraktion eine Resolution gegen ein Monitoring nicht unterzeichnete», sagte Aussenminister Ernst Walch.

nicht zwei verschiedene Ebenen von Souveränität geben. Offen und seit vielen Monaten schriftlich hielt sich die Regierung konsequent an diesen Grundsatz, als sie sich weigerte den EWR-Vertrag zu unterzeichnen, ohne dass auch Tschechien und die Slowakei die Souveränität Liechtensteins im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg anerkennen.

Überraschend kam der liechtensteinische Vorbehalt für die EU-/EWR Staaten nicht. Bei der Aufnahme Tschechiens und der Slowakei in den Europarat hätte Liech-

tenstein die Forderung dennoch nicht stellen können, erklärte der Aussenminister. Der EWR-Vertrag und die Verbindung über den Europarat hätten ganz unterschiedliche Qualitäten. Im Europarat ginge es um die Erfüllung grundsätzlicher Werte. Der EWR sei hingegen ein Vertragswerk für eine enge Zusammenarbeit für gemeinsame Interessen gegenüber der Welt in wirtschaftlichen Fragen.

Die Solidarität Norwegens und Islands zeige, dass die EFTA-Staaten ein sehr partnerschaftliches Verhältnis pflegten. Weder habe Liechtenstein Druck auf die Partner ausgeübt, noch hätten Norwegen und Island Fristen gesetzt für die Einigung mit Tschechien und der Slowakei. Jedoch seien sich alle Länder einig, dass die Thematik so rasch wie möglich gelöst werden müsse, bekräftigte Ernst Walch. Der EWR-Vertrag solle am 1. Mai 2004 in Kraft treten, die Zeit werde knapp wegen der unterschiedlich langen Ratifizierungsmechanismen in den Ländern des EWR.

## Frontalangriff auf die Demokratie

Neben der Souveränität standen das drohende Monitoring des Europarats und die spezifisch liechtensteinische Form der Demokratie im Radio L-Rampenlicht im Mittelpunkt. So sieht Aussenminister Ernst Walch im Bericht der beiden Vertreter der Venedig-Kommission,

die im Auftrag der Parlamentarischen Versammlung die Situation in Liechtenstein untersuchten, einen «Frontalangriff auf die duale Verfassungsform Liechtensteins». Hancock und Jürgens stellten die «Form der Demokratie» in Frage.

In der letzten Parlaments-Session habe die Opposition im Landtag zudem ein schlechtes Signal nach aussen gesendet und den Staat geschwächt. Das Verhalten sei unverständlich, kein einmütiges Bild abzugeben, obwohl 24 Abgeordnete dieselbe Meinung vertreten. VU wie FBP-Fraktion im Landtag unterstützten die duale Verfassungsform, deren Elemente ein starkes Volk und ein starker Fürst seien. Es entbehre einer gewissen Logik, dass die VU-Fraktion eine Resolution gegen ein Monitoring nicht unterzeichnete, so der Aussenminister.

Es bringe auch für die Wirtschaft Nachteile, wenn Liechtenstein, ein Land, das seit 25 Jahren dem Europarat angehört, gleich wie die Nachfolgestaaten der Sowjetunion behandelt würde. Eben diese Staaten bei der Ausarbeitung demokratischer Verfassungen zu unterstützen, sei die eigentliche Aufgabe der Venedig-Kommission. Mit dem Fall Liechtenstein gebe es nun auch die Möglichkeit, alteingesessene Staaten auf den Prüfstand zu stellen. Liechtenstein jedoch halte seine Verpflichtungen und Zusagen schon immer strikt ein.

ANZEIGE



4 Büroräume 133 m<sup>2</sup> per sofort in Vaduz zu vermieten

JOSEPH WOHLWEND  
TREUHAND AG · VADUZ  
TEL. +423 237 56 00 / www.jwt.li